presse

Atomlobbyist ohne Einsicht

Zur Zeugenvernehmung von Bruno Thomauske im 1. Untersuchungsausschuss "Gorleben" erklärt die Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss "Gorleben" Ute Vogt:

Der Untersuchungsausschuss "Gorleben" musste heute erneut feststellen, mit welcher Ignoranz die schwarz-gelbe Bundesregierung der 90er Jahre, die damalige Umweltministerin Angela Merkel und Bundesbehörden auf Sicherheitsrisiken beim Salzstock Gorleben reagierte. Das hat die heutige Zeugenvernehmung deutlich gemacht, erklärt Ute Vogt.

Die Regierungskoalitionen haben mit Bruno Tomauske erneut einen Atomlobbyisten in den Gorleben-Untersuchungsausschuss eingeladen. Der Zeuge war 20 Jahre Mitarbeiter beim Bundesamt für Strahlenschutz und zum fraglichen Zeitpunkt des Untersuchungsauftrages in leitender Funktion tätig. Im Jahre 2003 wechselte Thomauske als Manager zu Vattenfall und wurde 2007 nach Pannen in den AKWs Krümmel und Brunsbüttel wieder entlassen. Begründung damals: "mangelnde Aufklärungsarbeit". Diesen Vorwurf musste sich der Zeuge während seiner Vernehmung auch gefallen lassen. Denn Erkenntnisgewinn und Einsicht war seine Sache nicht. Thomauskes Erinnerungen und Interpretationen deckten sich in keiner Weise mit der bestehenden Aktenlage.

Beispiel Erkundungsbereich im Salzstock Gorleben: Im Jahre 1991 war Thomauske noch der Ansicht, dass eine Erkundung des südwestlichen Teils des Salzstocks "zwingend notwendig sei" und wenn die Nutzungsrechte für diesen Teil nicht vorlägen "eine Weiterführung der untertägigen Erkundung (in Gorleben) nicht mehr sinnvoll" sei. Sechs Jahre später, im Jahre 1997, teilte der BfS-Abteilungsleiter dem mittlerweile von Angela Merkel geführten Umweltministerium mit, dass "die alleinige Erkundung des nordöstlichen Teils" des Gorlebener Salzstocks genüge. Dazu muss man wissen, dass der

südwestliche Teil des Salzstocks sich im Besitz von Andreas Graf von Bernstorff befindet - dieser will seit Jahrzehnten seinen Besitz nicht verkaufen. Deshalb wählte die schwarz-gelbe Bundesregierung in den Jahren 1997/1998 eine Doppelstrategie: Beschränkung der Erkundung auf den Nordost-Teil (ohne den Bernstorff-Bereich) durch die BfS, gleichzeitig führte Merkel im April 1998 den "Enteignungs-Paragrafen" in das Atomgesetz ein - die sogenannte "Lex-Bernstorff". Unser nächster Zeuge am 1. Dezember 2011.

Der heutige Zeuge Bruno Thomauske ist Mitglied im Präsidium des "Deutschen Atomforums". Seine Verflechtung mit der Atomindustrie ist evident. Selbst in aussichtsloser Situation: Drei Tage nach dem Reaktorunglück in Fukushima (11. März 2011) sagte Thomauske in einem TV-Interview, dass eine "mögliche Kernschmelze des Reaktors immer unwahrscheinlicher werde". Ein ignoranter Irrtum. Ein hoffnungsloser Fall.